

Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2018 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 12: IT der Landesanstalt für Umwelt Baden-
Württemberg**

L a n d t a g s b e s c h l u s s

Der Landtag hat am 15. Oktober 2020 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 16/8844 Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag bis zum 31. Dezember 2021 erneut zu berichten.

(Der Beschluss bezieht sich auf den vorangegangenen Beschluss des Landtags vom 17. Oktober 2019 – Drucksache 16/6950 Abschnitt II:

Dem Landtag über die Ausgestaltung des Kompetenzzentrum Umweltinformatik bis 30. Juni 2020 erneut zu berichten und dabei insbesondere den Aspekt der Einbindung in den Prozess der IT-Neuordnung zu beleuchten.)

B e r i c h t

Mit Schreiben vom 22. November 2021, Az.: I-0451.1, berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Der Bericht schließt an den letzten Bericht von 2020 an und beinhaltet im Wesentlichen die erzielten Fortschritte seit Abstimmung des Feinkonzepts durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft mit dem Ministerium des Innern, für Digitalisierung und Kommunen und dem CIO des Landes. Das Feinkonzept operationalisiert im Rahmen der IT-Neuordnung die Zielsetzung, das Kompetenzzentrum Umweltinformatik (KUI) als strategisches Instrument zur

Umsetzung eines vorsorgenden, effektiven und nachhaltigen Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes sowie der Energiewirtschaft zu positionieren. Grundsätzlich hat das KUI die Aufgabe, die Entwicklungsziele der UIS-Rahmenkonzeption (Umweltinformationssystem Baden-Württemberg) umzusetzen.

Bereits heute ist das KUI in vielen umweltpolitisch bedeutsamen Fachbereichen zentraler Ansprechpartner für IT-Dienstleistungen für interne und externe Auftraggeber sowie Projektentwicklungsstelle für Vorhaben und Projektträger i. S. der VwV IT-Organisation. Dabei engagiert sich das KUI erfolgreich in der länderübergreifenden Zusammenarbeit mit dem Ziel, gemeinsam mit anderen Ländern kostengünstige Lösungen für die Umweltverwaltung bereitzustellen.

Des Weiteren werden im KUI Digitalisierungsvorhaben des Umweltressorts gebündelt und für die IT-Landschaft des Geschäftsbereichs bereitgestellt. Die Vorhaben des Koalitionsvertrages zur Digitalisierung der Verwaltung (Ziel Bürokratieabbau Seite 9 ff.) werden zusammen mit den konzeptionellen Zielen verfolgt.

Das Feinkonzept detailliert die organisatorische und inhaltliche Neuausrichtung des KUI. Der Transformationsprozess verfolgt im Kern das Ziel, die IT-Aufgaben innerhalb der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) und der Umwelt- und Naturschutzverwaltung zu bündeln und zu optimieren. Dieser zentrale Ansatz führt zu einer übergreifenden und integrierenden Abstimmung zwischen den einzelnen Fachbereichen und dem KUI. Damit wird das KUI im Rahmen eines Anforderungs-, Verfügbarkeits-, Ressourcen- und Kontinuitätsmanagements Bindeglied zu den Fachbereichen und steuernde Instanz gegenüber den Dienstleistern. Die Reorganisation erfolgt parallel zur Aufgabenerledigung und wird schrittweise in den kommenden Jahren vollzogen.

Am 1. Januar 2021 wurde das Initialmodell etabliert, das weitgehend auf den bisherigen IT-Zuständigkeiten innerhalb der LUBW aufbaut und im Bereich Naturschutz die erste Reorganisation umsetzt. Am 1. März 2021 wurde der Transformationsprozess gestartet, mit dem bis zum Einzug in den Neubau der LUBW (2023/24) unter Berücksichtigung insbesondere der kritischen Infrastruktur der Daseinsvorsorge (Hochwasservorhersagezentrale, Kernreaktorfernüberwachung, Messnetzzentrale) das KUI zukunftsfest aufgestellt und die Aufgaben weiter standardisiert und zentralisiert werden. Bei dieser umfassenden Umgestaltung muss allerdings der sichere und zuverlässige Betrieb der Fachzentralen der Daseinsvorsorge zu jeder Zeit unbedingt gewährleistet sein.

Das Portfolio des KUI wird während der Transformationsphase, unter Beachtung der IT-Landesstandards, einer Aufgabenanalyse unterzogen, unter Berücksichtigung der Ergebnisse neu strukturiert und weiterentwickelt.

Im Rahmen dieses Prozesses ist die IT-Infrastruktur der Fachzentralen der Daseinsvorsorge zu beachten, die ein Alleinstellungsmerkmal des KUI sind. Wegen der für den Krisen- und Ereignisfall notwendigen Hochverfügbarkeit der IT, muss die IT-Infrastruktur hochredundant ausgelegt werden und ist daher nicht mit den Standardbetriebsanforderungen der Landes-IT vergleichbar. Nicht zuletzt die Häufung von Hochwasserereignissen haben die Notwendigkeit eines leistungsfähigen Warn- und Krisenmanagements eindrucksvoll bestätigt. In diesem Zusammenhang ist auch noch die Kernreaktorfernüberwachung zu nennen, die unabhängig vom Betrieb der Kernkraftwerke in Deutschland, aufgrund der weiteren Lagerung von Brennelementen auf dem Gelände der stillgelegten Kernkraftwerke, weiterhin eine sehr wichtige und ausgesprochen komplexe Aufgabe darstellt. Ferner müssen auch noch die grenznahen Reaktoren im Ausland für die künftige Entwicklung der Kernreaktorfernüberwachung berücksichtigt werden.

Innerhalb der Transformationsphase wird unter anderem die Projektsteuerung, die Projektüberwachung und das Controlling im KUI, aber auch die Steuerung des KUI selbst, unter Nutzung gängiger Managementmethoden und Tools grundlegend erneuert und optimiert werden. Dieser Erneuerungs- und Optimierungsprozess wurde ebenfalls am 1. März 2021 gestartet und wird sich über mehrere Jahre erstrecken.

Es besteht Konsens mit dem CIO, dass die Konsolidierung der IT-Infrastruktur mit Fertigstellung des LUBW-Neubaus (2023/2024) erfolgt. Im Rahmen der Abstimmung des Feinkonzepts haben das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und der CIO einer vom KUI zu betreibenden Vor-Ort-Infrastruktur für eine Übergangszeit zugestimmt. Entsprechend der wachsenden Leistungsfähigkeit der IT-Baden-Württemberg (BITBW) wird regelmäßig geprüft, inwieweit Teile der Vor-Ort-Infrastruktur zur BITBW migriert werden können. Die bereits eingeleiteten Planungen tragen diesem Umstand Rechnung. In den Konsolidierungsprozess der IT-Infrastruktur ist die BITBW eng eingebunden. Beispielhaft hierfür ist die laufende Abstimmung eines Grobkonzepts für den geplanten Umzug der IT-Infrastruktur.

Wie bereits im letzten Bericht dargelegt, ist die Einführung des Standard-Bürokommunikationsarbeitsplatzes in der LUBW abgeschlossen. Die Vielfalt der Fachaufgaben erfordert den Einsatz vieler individueller, fachlich notwendiger Fachverfahren. Die Anwendenden dieser Fachverfahren benötigen dabei oft einen direkten Zugriff von dem jeweiligen Bürokommunikations (BK)-Arbeitsplatz auf umfangreiche Datenbestände, wie zum Beispiel Geodaten oder Messwerte, aus der Umweltüberwachung und dem Laborbetrieb. Die Verfügbarkeit der Daten am Arbeitsplatz ist eine der wesentlichen Herausforderungen der zukünftigen Entwicklungsarbeit, die künftig durch das KUI gesteuert werden wird.

In Zukunft wird der technische Betrieb im Regelfall nicht mehr bei der LUBW selbst erfolgen, sondern zunehmend bei den Dienstleistern BITBW und Komm.ONE angesiedelt werden. So wurde z. B. 2021 zur Konsolidierung der IT im Rahmen des Staatlich-Kommunalen-Datenverbundes bereits ein erstes Modernisierungsprojekt abgeschlossen. In diesem Projekt wurde die dezentrale Architektur des Informationssystems Wasser, Immissionsschutz, Boden, Abfall, Arbeitsschutz (WIBAS) mit ca. 35 Fachverfahren mit Komm.ONE und den Partnern aus Land und Kommunen, unter Berücksichtigung der Vorgaben der Landes-IT, in mehreren Stufen zu einem zentralisierten Betrieb zusammengeführt. Die nun erreichte Architektur eröffnet für die Zukunft die Möglichkeit, weitere wichtige Anforderungen umzusetzen. Die digitale Antragstellung auf Grundlage des Onlinezugangsgesetzes, die Anbindung der elektronischen Akte (E-Akte) via Schnittstelle und der weitere Ausbau mobiler Anwendungen für den Außendienst sind nun auf Basis der neuen IT-Architektur effizienter umsetzbar und werden aktuell entsprechend der Vorgaben der Landes-IT realisiert.

Generell verbleibt die Verantwortung für die Umweltinformatik im KUI. Zentrale Aufgaben sind Neuentwicklung, Weiterentwicklung und, wo und ggfs. solange erforderlich, der Betrieb von Umwelthanwendungen. Die Entwicklung wird dabei im KUI gesteuert (Demand Management, Auftragsmanagement, Projektmanagement, Dienstleistermanagement, Wissensmanagement, Innovationsmanagement). Im Endzustand soll sich das KUI als leistungsfähiger und kompetenter IT-Dienstleister für die Umwelt- und Naturschutzverwaltung des Landes präsentieren.